

Das betrifft auch Langenhorn

Die Prognosen für das Jahr 2035 besagen, dass in Deutschland die Bevölkerung anwachsen wird auf 83 Millionen Menschen. Allerdings nicht überall gleich stark: besonders in den ostdeutschen Bundesländern wird der Trend der Abwanderung der jungen Bevölkerung in die Großstädte anhalten. Die „überraschende“ Bevölkerungszunahme ist auch die logische Folge der „Welle“ der geburtsstarken Jahrgänge der 60iger Jahre, deren Kinder nun wieder Eltern werden. Der Anteil der Menschen im arbeitsfähigen Alter wird abnehmen. Hamburg wird jünger – trotz des hohen Anteils an Senioren. Nach Berlin wird an 2. Stelle Hamburg von dem Bevölkerungswachstum betroffen sein mit über 2 Millionen Einwohnern. Aber auch die Umlandgemeinden in Hamburgs „Speckgürtel“ werden zunehmen. Davon werden der Wohnungsmarkt, der öffentliche Nahverkehr, die Ver- und Entsorgung der Stadtteile, der Straßenverkehr betroffen sein.

Hamburg ist auf diesen Ansturm nicht vorbereitet.

Die Zahl der Schulen wurde reduziert (Grellkamp). Die Kita-Plätze reichen kaum aus. Studienplätze sind begrenzt. Die Straßen werden zurückgebaut. Die Verlängerung der S-Bahn über Poppenbüttel hinaus wird durch Bebauung der lange freigehaltenen Trasse verhindert. Keine weitsichtige Planung von Park + Ride-Plätzen. Keine Planung von Grünzügen zur Erholung (Tarpenbek-Wanderweg). Bauen in der Peripherie, 18 km vom Stadtzentrum entfernt, vergrößert die Verkehrsprobleme. Das Denken endet an der Landesgrenze.

Allem Anschein nach wollen einige Hamburger aber auch kein Wachstum. Der grüne Umweltsenator Kerstan will Hamburg ja nicht weiter wachsen lassen und Hamburg zu einer Provinzstadt wandeln. Klingt irgendwie nach Obergrenze. Hamburg als Stadt der Schönen und Reichen erhalten? Und der jetzt schon nicht ausreichende Wohnungsmarkt wird explodieren. Dabei werden die besserverdienenden Steuerzahlerfamilien ihr Häuschen im Grünen außerhalb Hamburgs nehmen.

In welche Richtung soll eine Stadt sich entwickeln?

Die Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ will per Volksentscheid den derzeitigen Grünanteil festschreiben. Dem Nabu stinkt es immer mehr, alle Grünflächen planlos zu Bauland zu machen. Sonst wird aus einer attraktiven Stadt Hamburg ein „überhitzter, zugebauter, wenig grüner Moloch“.

Da kommt ein Plan: Wachsen an hochbebauten Hauptstraßen mit 6-geschossigen Wohnhäusern. Ein gutes Konzept – allerdings nur an den 4 bis 6-spurigen Magistralen. Dazu müssten diverse Bebauungspläne geändert werden. So sollen auch Arztpraxen, Kanzleien und Büroräume dort verhindert werden zu Gunsten des Wohnungsbaus. Außerdem soll die Stadt

ein Vorkaufsrecht erhalten (und sich dann 8 Geschosse genehmigen?). Seltsam: Die CDU hat im vergangenen Jahr ein Magistralenkonzept gefordert...

Außerdem: Warum Hochwohnungsbau nur an den Magistralen und nicht an allen Hauptstraßen? Dann kann auch die Langenhorner Chaussee und die Tangstedter Landstraße mit 8-geschossigen „Städtebaulichen Dominanten“ zwangsbeglückt werden? Schon beim 4-geschossigen Audi Ochsenzoll schlugen die Wogen hoch.

Natürlich sind der Lärm und die Schadstoffbelastung an den Hauptstraßen hoch. Schon meldet sich der Mieterverein und nennt das Konzept „Mumpitz“. An den Hauptstraßen sollten besser Büros und Kleingewerbe als Schadstoff- und Lärmriegel für dahinterliegende Wohnungen entstehen. Und die E-Autos machen an Siedeckeln auch Geräusche.

Anwohner und Stadtteilbeiräte sehen es noch anders: „Magistralen sind laut, dreckig, ungesund für die Anwohner und riskant für Radfahrer und Fußgänger. Es soll verbindlich festgelegt werden, den motorisierten Verkehr und den von ihm beanspruchten Platz zu verringern“. Also erst den KFZ-Verkehr verringern durch Tempolimits, Fahrspurenverengung und Verbot von Dieselfahrzeugen. Verdrängungsplanung nach dem St. Florians Prinzip („Heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd andre an“).

Alle denken sehr egoistisch. Bis 2030 werden mindestens 100.000 Wohnungen benötigt. Der Anteil der Einpersonenhaushalte in Hamburg liegt bei rd.50 %. Sinnvoll ist eine Nachverdichtung in Höhe, Breite und Tiefe. Warum dürfen in Einfamilienhausgebieten die Eltern für Ihre Kinder kein 2. Haus auf das 600 qm Grundstück setzen? Das würde einges bringen. Aber die vom Bürgermeister abgehaltene Suche nach Baugrundstücken für Mietwohnungen betraf ja nur öffentlichte Flächen mit magerem Ergebnis.

Hamburg umgeht mit dem Flüchtlingsparagrafen 246 in fragwürdiger Weise die Planverfahren mit Bürgerbeteiligung. Diese Bauvorschrift gilt nur bis Ende 2019. Erforderlich wäre ein weitsichtiger neuer Flächennutzungsplan (derzeitiger F-Plan ist bald 50 Jahre alt mit vielen Änderungen) sowie eine örtliche Entwicklungsplanung, wie sich Langenhorn baulich auf die Zukunft vorbereitet, wo Flächen für Schulen, Parks, Gastronomie, Kleingärten, Sport, Verkehr, Gewerbe, Feld, Wald und Wiesen gesichert werden.

Baugesellschaften verdichten die Bebauung, z.B. gegenüber vom Heidbergkrankenhaus. Warum dürfen das nicht auch Privatleute? Weil alte Bebauungspläne das nicht hergeben? Es ist doch sinnvoll auch Eigentumsobjekte als Alterssicherung zu bauen und nicht nur renditeorientierte Mietwohnungen der Großfirmen. Die größte Veränderung dürfte es zwischen Ring 2 und Ring 3 geben. Für uns in Langenhorn mit seinen Reihenhauseinseln ist ein angepasstes Wachstum zu entwickeln.

Wie sieht unser Stadtteil in 50 Jahren aus?

Familienfreundlich? Zubetoniert?

Dass heute z.B. in Eimsbüttel noch alte Parkanlagen existieren, verdanken wir den großen Gärten der Wohlhabenden (Unnapark, Wehbers Park...) und dem sturen Eimsbüttler Bauern Schacht, der trotz immenser Preisangebote nicht verkaufte. Ein Teil davon ist nun der Reitmüller Sportplatz von HEBC.

Hamburg ist nicht vorbereitet.

Freitag, den 01. Dezember 2017 um 16:33 Uhr

Politiker denken an heute, Staatsmänner an morgen.

Alles Gute für 2018!

Ihr Grünschnabel